

Bergler kämpfen für Wasserzinsen

von Dennis Bühler

Wenn ein Bündner, ein Walliser und ein Tessiner Regierungsrat gemeinsame Sache machen, muss es entweder um den Wolf gehen. Oder um Wasserzinsen. Und tatsächlich: Gestern lud die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGB) nach Bern, um gegen die Ende Juni vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung des Wasserzinsmaximums zu protestieren.

«Für diese Lösung gibt es weder eine sachliche noch eine politische Rechtfertigung», sagte der Tessiner Staatsrat Christian Vitta, der die RKGB präsidiert. Sein Bündner Kollege Mario Cavigelli ergänzte, dass die Wasserzeins-einnahmen der sieben Gebirgskantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Graubünden, Tessin und Wallis mit dem Vorschlag der Regierung um 106 Millionen Franken einbrechen würden – «das können wir nicht hinnehmen» (siehe Kurzinterview). Und der Walliser Roberto Schmidt drohte, die Bergkantone könnten die Kooperation mit Elektrizitätskonzernen verweigern, wenn diese zu wenig Rücksicht auf ihre Interessen nähmen: «Der zukünftige Strommarkt muss zwingend so gestaltet sein, dass Gemeinden und Kantone weiterhin bereit sind, Konzessionen zu verleihen», so der Staatsrat.

Problem: Der Markt ist verzerrt

Zankapfel Wasserzins: Seit Jahren schwelt der Streit um das Entgelt, das Firmen aus dem Unterland den Berggemeinden für die Nutzung des öffentlichen Rohstoffs Wasser zu entrichten haben. Lange lag das Wasserzinsmaximum bei 80 Franken je Kilowatt, dann stieg es auf 110 Franken, ab 2020 soll gemäss Bundesrat nun wieder der alte Preis gelten. So will die Regierung der Elektrizitätsbranche entgegenkommen, die angesichts europaweit tiefer Strompreise gegen die Höhe des Wasserzinses protestiert. Tatsächlich macht die

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone lehnt die vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung des Wasserzinsmaximums strikt ab. Eine solche sei weder sachlich noch politisch zu rechtfertigen, monieren Regierungsräte.



Bild Yanik Bürkli

ser einen immer höheren Anteil der Gesteungskosten aus.

In den Augen der Gebirgspolitiker hat daran freilich nicht der Wasserzins Schuld, sondern der verzerrte Markt. Dieser müsse rasch neu geordnet werden, so Cavigelli. «Wenn Strom aus alten Kohlekraftwerken den Wasserkraftstrom aus dem Markt drängen könne, ist die CO₂-Politik in Schieflage.» Solange dies so bleibe, müsse der Bund Schutzmassnahmen zugunsten der Wasserkraft prüfen.

Wie rentabel ist die Wasserkraft?

Dass Wasserkraft entgegen der Behauptung von Elektrizitätsunternehmen wie Alpiq oder Axpo rentabel sei, versuchte die RKGB mit einer Studie zu untermauern, die sie beim auf energiewirtschaftliche Fragen spezialisierten Beratungsunternehmen BHP Hanser und Partner AG in Auftrag gegeben hatte: In den vergangenen 16 Jahren habe die Elektrizitätsbranche mit der Wasserkraft über alle Wertschöpfungsstufen hinweg Gewinne erzielt, heisst es in der Studie – «unabhängig von den auch in früheren Phasen bereits tiefen Marktpreisen und dem bestehenden Wasserzinsystem».

Profitiert hätten in erster Linie die Aktionäre: Mit Ausnahme von zwei Jahren hätten die Eigentümerkantone seit 2003 stets deutlich höhere Erträge erwirtschaftet als die Wasserkraftkantone.

Trotzdem: Gänzlich taub für die Sorgen der Stromkonzerne sind auch die Gebirgskantone nicht. So könnten sie mit dem Alternativvorschlag des Bundesrates leben, gemäss dem es nur punktuelle Wasserzinsreduktionen für klar defizitäre Kraftwerke geben soll. Die RKGB stellt allerdings harte Bedingungen. So werde etwa keinesfalls mehr als eine punktuelle Reduktion von zehn Franken pro Kilowatt akzeptiert, sagte Schmidt. Zudem müsse jede ins Trudeln geratene Kraftwerksgesellschaft den Fehlbetrag zurückzahlen, sobald sie wieder Gewinn erziele.

Fünf Fragen an ...

Mario Cavigelli

Bündner Regierungsrat



1 Wieso sind die Gebirgskantone derart vehement gegen eine Senkung der Wasserzinsen?

Weil eine generelle Senkung der Wasserzinsen von 110 auf 80 Franken pro Brutto-Kilowatt eine grosse Ungerechtigkeit wäre: Während die Bergkantone und -gemeinden auf für sie überlebenswichtige Einnahmen aus der Wasserkraft verzichten müssten, würden grosse Stromkonzerne unterstützt, die in den Händen der Mittellandkantone sind. Mit anderen Worten: Die Schweiz führte einen Finanzausgleich in die falsche Richtung ein – Geld flosse vom schwachen Berggebiet ins ohnehin starke Mittelland.

2 Welche Konsequenzen hätte dies für die Berggebiete? Die totalen Wasserzeins-einnahmen der sieben Gebirgskantone belaufen sich gegenwärtig auf 389 Millionen Franken pro Jahr. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Senkung um 27 Prozent würden uns 106 Millionen Franken wegbrechen. Der Kanton Graubünden beispielsweise hätte Mindereinnahmen von 30 Millionen Franken hinzunehmen, die je hälftig in der Kantonskasse und bei den Berggemeinden fehlen würden. Vor allem Letztere sind stark abhängig von der Wasserkraft, haben sie an Einnahmen ansonsten doch nur noch die Landwirtschaft und den Tourismus.

Im Gegenteil: Es gelang uns ausgezeichnet, die bundesrätliche Vorlage zu prägen. Bis im vergangenen Jahr wurde über ein flexibles Wasserzinsmodell diskutiert, das einen Sockel mit fixen Einnahmen und einen flexiblen Überbau vorgesehen hätte. Der Sockel hätte auf gerade mal 55 Franken festgesetzt werden sollen – die Hälfte des heutigen Betrags. Dieses Horrorszenario konnten wir durch erfolgreiches Lobbying abwenden.

3 Hat es die Regierungskonferenz der Gebirgskantone verpasst, rechtzeitig Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen, und hehelt nun hinterher?

Im Gegenteil: Es gelang uns ausgezeichnet, die bundesrätliche Vorlage zu prägen. Bis im vergangenen Jahr wurde über ein flexibles Wasserzinsmodell diskutiert, das einen Sockel mit fixen Einnahmen und einen flexiblen Überbau vorgesehen hätte. Der Sockel hätte auf gerade mal 55 Franken festgesetzt werden sollen – die Hälfte des heutigen Betrags. Dieses Horrorszenario konnten wir durch erfolgreiches Lobbying abwenden.

4 Ein klein wenig kommen Sie notleidenden Kraftwerken allerdings entgegen. Genau, schliesslich sind das letztlich ja trotz allem unsere Partner. Punktuelle Wasserzinsreduktionen für klar defizitäre Kraftwerke knüpfen wir an kumulativ zu erfüllende Bedingungen: So muss etwa eine Marktprämie ausgerichtet werden, zudem müssen die Unternehmen vollständige Transparenz über Kosten und Erlöse gewährleisten und einen Dividendenverzicht erklären.

Genau, schliesslich sind das letztlich ja trotz allem unsere Partner. Punktuelle Wasserzinsreduktionen für klar defizitäre Kraftwerke knüpfen wir an kumulativ zu erfüllende Bedingungen: So muss etwa eine Marktprämie ausgerichtet werden, zudem müssen die Unternehmen vollständige Transparenz über Kosten und Erlöse gewährleisten und einen Dividendenverzicht erklären.

5 Der Energiekonzern Alpiq hat gestern den Plan aufgegeben, Teile seiner Wasserkraftwerke zu verkaufen. Freut Sie das? Ja, ich begrüsse diesen Entscheid. Aus politischer Sicht nämlich bin ich nicht gerade begeistert, wenn die Wasserkraftportfolios für ausländische Investoren geöffnet werden. Standortkanton und -gemeinde sind für die Konzessionsdauer von 60 bis 80 Jahren an ein Unternehmen gebunden. Die Zusammenarbeit ist einfacher, wenn dieses in Schweizer Händen ist. (dbü)

Alpiq legt Wasserkraftverkauf auf Eis

Der Energiekonzern Alpiq hat nach eigenen Angaben keinen Investor für sein Wasserkraftportfolio gefunden. Das Unternehmen hofft jetzt auf die Politik.

von Tina Tuor

Keine der in- und ausländischen Investoren seien bereit gewesen, die regulatorischen Unwägbarkeiten mitzutragen, sagte Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin gestern vor den Medien in Olten. «Keiner war bereit, diese Risiken zu übernehmen und die Situation zu überbrücken, bis sich die Preise am mittleren und langen Ende wieder erholen.»

Der Konzern hatte im März 2016 nach Millionenverlusten angekündigt, man wolle bis zu 49 Prozent am Wasserkraftportfolio an Investoren verkaufen. Den teilweisen Verkauf hatte Alpiq vom Preis, den vertraglichen Konditionen sowie von der Transaktionssicherheit abhängig gemacht.

Diese drei Kriterien wurden nicht erfüllt, wie es hiess. Als weiterer Stein auf dem Weg wurden die politischen

«Keiner war bereit, diese Risiken zu übernehmen und die Situation zu überbrücken.»

Jasmin Staiblin
CEO Alpiq

Diskussionen angeführt. Die Politik habe jedoch erkannt, dass die Wasserkraft defizitär sei, hielt Staiblin fest. Dies zeige, dass die Fakten rational angesehen würden. Der Ball liege bei der Politik, heisst es bei Alpiq.

Alpiq will «Übergangslösung»

Es gebe die Erkenntnis, dass für die Wasserkraft eine «Übergangslösung» notwendig sei, sagte die Alpiq-Chefin. So könne die Wasserkraft im Markt wirtschaftlich betrieben werden. Man sei im konstruktiven Dialog und zeige die Situation transparent auf. Konkrete Forderungen stelle Staiblin nicht.

Alpiq verkauft den produzierten Strom im teilliberalisierten Markt an der Strombörse. Zwölf weitere Schweizer Produzenten sind in der gleichen Situation. Die Verkaufserlöse decken jedoch die Produktionskosten nicht. Die Gesteungskosten der Wasserkraft liegen nach Angaben von Alpiq bei 6,5 Rappen pro Kilowattstunde (kWh), während die Grosshandelspreise unter 3,5 Rappen pro kWh liegen. Alpiq rechnet mit keiner baldigen Erholung der Terminpreise.

Der Alpiq-Bereich «Generation Schweiz», in der die Wasserkraftanlagen und die beiden Beteiligungen an den AKW Leibstadt (Aargau) und Gösgen (Solothurn) zusammengefasst sind, weist im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr beträgt der Reinverlust von Alpiq 109 Millionen Franken.

ein Defizit von 100 Millionen Franken aus.

Geschütztes Monopol

Alpiq-Chefin Staiblin sagte, die Wasserkraft im geschützten Monopol habe kein Problem. Es sind Produzenten, die den Strom direkt dem Endkunden zu den Gesteungskosten überwälzen können.

«Im Markt ist die gesamte Schweizer Wasserkraft defizitär», betonte Staiblin. Das Defizit der Schweizer Wasserkraft betrage eine Milliarde Franken pro Jahr. Rund 60 Prozent der Wasserproduzenten seien im regulierten Markt. «Diese Situation ist absurd. Sie verzerrt den Markt», hielt sie fest.

Das Schweizer Wasserkraftportfolio der Alpiq besteht aus zwölf Speicherkraftwerken, einem Pumpspeicherkraftwerk sowie aus fünf Flusskraftwerken. Diese Anlagen, an denen Alpiq beteiligt ist oder die sie vollstän-

dig besitzt, befinden sich in den Kantonen Wallis, Graubünden, Waadt, Tessin und Solothurn. Es handelt etwa um die Speicherkraftwerke Grande Dixence, Engadin, Blenio oder Hinterrhein.

109 Millionen Verlust

Im ersten Halbjahr beträgt der Reinverlust von Alpiq 109 Millionen Franken. Im Vorjahr waren es noch zwei Millionen Franken gewesen. Werden Aufwendungen im Zusammenhang mit Schiedsverfahren, Rückstellungen, Verkäufen von Firmenteilen sowie weitere Sondereinflüsse herausgerechnet, beträgt der Verlust fünf Millionen Franken, nach einem Gewinn von 41 Millionen Franken im Vorjahr.

Alpiq bekommt unter anderem die Euro-Mindestkursaufhebung vom Januar 2015 zu spüren: Die Währungsabsicherungsgeschäfte, die vor dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB) abgeschlossen wurden, laufen nun aus. Zudem drückt der ausserplanmässige Stillstand des Kernkraftwerks Leibstadt auf das Ergebnis. Für das erste Halbjahr 2017 sind das 30 Millionen Franken und 2016 waren es 42 Millionen, sodass für den gesamten Produktionsausfall wegen technischer Probleme 72 Millionen Franken aufliefen. (sda)